



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 03.06.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 08.05.2008, 15:30 Uhr bis 16:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	ab 15.40 Uhr anwesend
Herr Wolfgang Simons	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	Vertreter für Herrn Lierenfeld
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Ossi Werner Helling	Grüne	
Herr Arif Ünal	Grüne	
Herr Mark Stephen Pohl	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Heide Lore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Herr Manfred Hilgers	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen	auf Vorschlag der Senioren-vertretung
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Amt für Diakonie
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Frau Monika Dierksmeier fahrtsverband	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz

Entschuldigt fehlen:

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Senioren-vertretung

Verwaltung:

Herr Prof. Quander, VII
Frau Fohlmeister, V/2
Frau Reinecke, V/3
Herr Santelmann, 50
Herr Olpen, 501
Herr Lätsch, 501
Herr Müller-Starmann, 50/0 ARGE
Herr Wagner, 50/0 ARGE

Schritfführerin:

Frau Kutzer, V/1

Der Ausschussvorsitzende Herr Kluth weist auf die aktuelle erweiterte Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Teile neu hinzugekommen sind.

Die Beschlussvorlage unter TOP 10.1 wird zu Beginn der Sitzung beraten.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

Demnach ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Köln-Pass
1935/2008

4 Mitteilungen

4.1 Dokumentation der Zukunftswerkstatt "LebenARTen 50 plus" - eines Kooperationsprojekts von Kölner Seniorenvertretung, Universität zu Köln und Volkshochschule Köln
0477/2008

4.2 Erfahrungsbericht Köln-Pass 2007
1519/2008

4.3 Veedel für Menschen
0831/2008

4.4 Ausgaben für Sozialtransferleistungen im Haushaltsjahr 2007
1399/2008

4.5 Aktionstage "gesund & mobil im Alter"
1666/2008

4.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: 2. Halbjahr 2007
1872/2008

4.7 Köln-Pass - Aktuelle Übersicht der Vergünstigungen
1733/2008

4.8 zurückgezogen

- 4.9 Maßnahmen zur Überleitungspflege von älteren Menschen im Stadtbezirk Kalk
1781/2008

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
1846/2008
- 5.2 Weiterentwicklung der Integrations- und Ausstiegsberatung in der ARGE Köln
2054/2008

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2008
1896/2008

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 8.1.1 Sozialarbeit in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.01.2008
AN/0168/2008
zu
8.1.1 Antwort der Verwaltung
1885/2008
- 8.1.2 Persönliches Budget
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2008
AN/0457/2008
zu
8.1.2 Antwort der Verwaltung
1390/2008
- 8.1.3 Betreuungsgesetz
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.03.2008
AN/0438/2008
zu
8.1.3 Antwort der Verwaltung
1396/2008
- 8.1.4 Pfändungsschutz
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2008

AN/0478/2008

zu

8.1.4 Antwort der Verwaltung
1490/2008

8.2 Aktuelle Anfragen

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
hier: Bühne der Kulturen e.V., IKULT Interkultureller Dialog e.V., Kindernöte e.V.
1592/2008

9.2 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum
1615/2008

9.3 Dringlichkeitsentscheidung und Genehmigung
Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (Zielsetzungen
und Vergabeverfahren)
1716/2008

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Soziale Stadt NRW - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf
Integriertes Handlungskonzept Mülheim-Programm
hier: 4. Programmstufe 2008 ff
1078/2008

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

13.1 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem
Engagement bei Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration"
hier: Anfrage von Herrn Helling

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Köln-Pass 1935/2008

Herr Kluth schlägt vor, die Mitteilungen 3.1, 4.2 und 4.7 zusammen zu beraten. Herr Kluth fragt nach dem Sachstand zu dem Vorschlag, dass der Oberbürgermeister in einer Werbeaktion weitere KölnPass-Partner finden solle.

Herr Helling dankt für diesen detaillierten Bericht. Der KölnPass sei ein Erfolgsmodell, die Zugänglichkeit und die Vergünstigungen seien gut.

Herr Helling bittet zu TOP 4.2 in Bezug auf die bisher bewilligten KölnPässe auch die Zahl der theoretisch berechtigten Empfänger dazuzusetzen. Beim Empfängerkreis aus dem Bereich des SGB II gebe es sowohl echte Transferleistungsempfänger als auch Geringverdiener, die aufstockende Leistungen erhalten. Zur genaueren Einschätzung des Personenkreises bittet Herr Helling darum, die Zahl der KölnPass-Empfänger nach den Personen aufzusplitten, die kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen haben. Bezug nehmend auf die Wünsche, den Berechtigtenkreis auf den 130%igen Bedarfssatz anzuheben, regt Herr Helling an, die Einkommenssätze, die 110% bis 130% zugrunde liegen, mitzuteilen, damit man eine Vorstellung davon bekomme, bei welchen Jahreseinkommen diese Vergünstigungen greifen könnten. Dies sei auch im Hinblick auf die kommenden Haushaltsplanberatungen wichtig.

Herr Kellner betont, es sei richtig gewesen, den KölnPass einzurichten. Er fragt nach der genauen Höhe der Einnahmeausfälle, diese seien in den div. Mitteilungen und im Halbjahresbericht in unterschiedlicher Höhe angegeben.

Herr Ensmann fragt sich, ob die Gebühren, die für KölnPass-Empfänger gelten, nun so sehr heruntergefahren worden seien, dass tatsächlich ein Anreiz bestehe, diese Angebote zu nutzen. Es sei zu prüfen, ob durch den KölnPass ein objektiver Zutritt möglich gemacht werde oder ob ggfs. noch eine weitere Senkung erforderlich sei.

Herr Santelmann teilt auf die Frage von Herrn Kellner mit, für 2007 habe die Verwaltung Kostenerstattungen für Einnahmeausfälle bei der KVB in Höhe von 4,8 Mio. € ermittelt. Für 2008 liege diese Kostenerstattung um 2 Mio. € geringer bei 2,8 Mio. €. Herr Santelmann verweist

hierzu auf die Begründung, die in der Verwaltungsmitteilung dargestellt sei. Die Verwaltung werde versuchen, die Differenzen in den weiteren Zahlen aufzuklären.

Zur Frage von Herrn Helling berichtet Herr Santelmann, man müsse zwischen vielen verschiedenen Einkommensarten unterscheiden. Er teilt weiter mit, bei Leistungsempfängern des Amtes für Soziales und Senioren werden die KölnPässe maschinell verteilt. Damit liege der Anteil der KölnPass-Empfänger bei 100 % der Leistungsbezieher nach SGB XII. Bei allen anderen Berechtigtenkreisen sei dies aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich, d.h. es seien jeweils Anträge auf den KölnPass zu stellen. Somit liege der Anteil hier demzufolge bei deutlich unter 100 %. Die Verwaltung werde prüfen, ob eine Aufschlüsselung möglich sei. Herr Santelmann ergänzt, bei Personen, die keine Transferleistungen beziehen, sei eine individuelle Berechnung erforderlich. Die Größe des Berechtigtenkreises sei daher nicht pauschal zu bestimmen. Herr Santelmann bietet den Ausschussmitgliedern an, ein paar Beispielfälle darzustellen.

Zu den weiteren Fragen von Herrn Kluth, Herrn Ensmann und Herrn Helling teilt Herr Santelmann mit, die Verwaltung sei grundsätzlich zufrieden mit der Entwicklung. Die Verwaltung habe noch nicht alle Berechtigtenkreise und auch noch nicht alle städtischen und privaten Partner erreichen können. Derzeit werde analysiert, wo es insbesondere Sinn mache, Partner für KölnPass-Inhaber zu gewinnen. Anschließend werde die Sozialverwaltung auch an den Oberbürgermeister herantreten und ihn bitten, diesbezüglich Türen zu öffnen.

Herr Helling hält es für interessant, für ausgewählte Bereiche die Nutzung bezogen auf einzelne Angebote zahlenmäßig darzustellen. Möglicherweise werde durch die Verbilligungen des KölnPasses der Effekt erreicht, dass z.B. im Bereich Kultur, mehr Menschen die Oper oder ein Theater besuchen. Diese Erkenntnisse könnten dann für gezielte Werbekampagnen genutzt werden. Herr Helling bittet darum, wenn der Aufwand nicht allzu hoch sei, nachzuprüfen, wie in einzelnen Einrichtungen die Entwicklung der verkauften Eintrittskarten mit KölnPass-Ermäßigung sei.

Herr Prof. Quander dankt für diese sehr gute Anregung des Herrn Helling. Die Verwaltung werde dies nachprüfen. Sollte eine gesonderte Erfassung der verkauften Eintrittskarten z.B. bei den Bühnen oder Museen noch nicht erfolgen, könnte dies sicherlich künftig eingerichtet werden.

4 Mitteilungen

4.1 Dokumentation der Zukunftswerkstatt "LebenARTen 50 plus" - eines Kooperationsprojekts von Kölner Seniorenvertretung, Universität zu Köln und Volkshochschule Köln 0477/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.2 Erfahrungsbericht Köln-Pass 2007 1519/2008

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 3.1 und 4.7 beraten.

4.3 Veedel für Menschen 0831/2008

Herr Ensmann, Herr Kluth und Herr Helling danken der Verwaltung für die in dieser Mitteilung dargestellten Maßnahmen.

Herr Helling regt außerdem an, diese Mitteilung in den Integrationsrat sowie den Stadtarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik bis hin zu Lesben, Schwule und Transgender zur Kenntnis zu geben.

Frau Wilden erklärt, offensichtlich liege der Politik die sexuelle Ausrichtung der Menschen besonders am Herzen. Sie regt an, im Falle der Einrichtung spezieller Seniorenheime für homosexuelle Menschen auch Seniorenheime für Menschen mit bisexuellen Neigungen nicht zu vergessen.

4.4 Ausgaben für Sozialtransferleistungen im Haushaltsjahr 2007 1399/2008

Auf Nachfrage von Herrn Kluth erläutert Herr Santelmann kurz die Ausgabenverteilung 2007 auf Seite 2 der Mitteilung.

Herr Ensmann ruft ins Bewusstsein, dass die Ausgaben für Hilfe zur Pflege und auch die Ausgaben für die Grundsicherung in den kommenden Jahren ansteigen werden. Daher müsse man im Auge behalten, was auf den Sozialetat der Stadt in den nächsten Jahren zukommen werde. Oberstes Ziel müsse es daher sein, zu erreichen, dass Transferleistungsempfänger in ein auskömmliches Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Kersjes gibt Herr Olpen abschließend einige Erläuterungen bezüglich der Zusammensetzung der Mehreinnahmen und Sachausgaben.

4.5 Aktionstage "gesund & mobil im Alter" 1666/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.6 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: 2. Halbjahr 2007 1872/2008

Herr Kluth fragt zur **Seite 225, Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus**, wann mit der Vorlage des Konzeptes gerechnet werden könne.

Frau Fohlmeister erklärt, voraussichtlich bis spätestens zur 1. Sitzung nach der Sommerpause werde die Beschlussvorlage vorgelegt werden können.

Herr Kluth teilt mit, der Beschluss auf **Seite 236, Erstellung einer Studie zur Bestandsaufnahme über die Situation von Menschen ohne Papiere in Köln**, sei mit Vorlage im Ausschuss für Soziales und Senioren erledigt. Der Beschluss auf **Seite 238, Wiedereinführung des Köln-Passes**, sei nach dem vorliegenden Halbjahresbericht der Verwaltung ebenfalls erledigt.

Auf Nachfrage von Herrn Kluth erklärt Herr Santelmann zu **Seite 239, Resolution zum Änderungsbedarf im Sozialgesetzbuch Zweites Buch**, der Beschluss sei auch als erledigt zu betrachten.

Zu **Seite 242, Fortschreibung des Maßnahmenprogramms zur Integration – „Interkulturelles Maßnahmenprogramm“**, erklärt Frau Eylert, es entstehe der Eindruck, dass in diesem Bereich noch nichts unternommen worden sei, obwohl dies nicht zutreffe.

Frau Fohlmeister bestätigt, dass eine ganze Menge im Bereich des alten Maßnahmenprogramms getan werde. Derzeit sei die Verwaltung jedoch mit einer erneuten Bestandsaufnahme und Darstellung, wo Veränderungen notwendig sind, beschäftigt.

Frau Wilden kritisiert die Formulierung im Beschlusstext, dass vermehrt Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund eingestellt werden sollen, da Ihrer Auffassung nach Einstellungskriterium die Qualifikation anstelle des Migrationshintergrundes sein müsse.

Zu **Seite 251, Beschäftigungsoffensive für Köln**, teilt Herr Santelmann mit, hier sei nur noch Punkt VII offen. Er hoffe aber, dass dieser Teilbeschluss in Kürze umgesetzt werden könne.

Herr Kluth teilt mit, die Beschlüsse auf **Seite 255, Antirassismus-Training**, und **Seite 256, Zuschüsse für Kölner Bürgerhäuser**, sowie **Seite 257, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit**, seien erledigt.

Herr Kluth bittet darum, die erledigten Beschlüsse aus dem künftigen Halbjahresbericht zu streichen.

4.7 Köln-Pass - Aktuelle Übersicht der Vergünstigungen 1733/2008

Dieser TOP wurde zusammen mit 3.1 und 4.2 beraten.

4.8 zurückgezogen

Diese Mitteilung wurde zurückgezogen und in den nicht öffentlichen Teil verschoben.

**4.9 Maßnahmen zur Überleitungspflege von älteren Menschen im Stadtbezirk Kalk
1781/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

**5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
1846/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**5.2 Weiterentwicklung der Integrations- und Ausstiegsberatung in der ARGE Köln
2054/2008**

Herr Santelmann erklärt, eine der wichtigsten Aufgaben sei es, zu überlegen, wie die Kosten der Unterkunft beeinflusst werden können. Dazu habe die Verwaltung das nachfolgend dargestellte Konzept entwickelt. Er ist der Auffassung, dass die Verwaltung damit auf dem richtigen Wege sei.

Herr Santelmann geht davon aus, dass die Kosten der Unterkunft in diesem Jahr nur 3 Mio. €, d.h. um 1 % steigen werden. Dies sei zwar ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel.

Herr Lätsch stellt nachfolgend das Konzept zur Weiterentwicklung der Integrations- und Ausstiegsberatung in der ARGE Köln vor.

Ausgehend von der Frage, wie die Stadt die hohen Kosten der Unterkunft stabilisieren könne, habe die Verwaltung eine Analyse durchgeführt. Mit Blick auf die Ziele, die mit der ARGE Köln vereinbart waren, d.h. Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Steigerung der beruflichen Integration, sei man zunächst davon ausgegangen, dass, wenn man dort erfolgreicher sei, sich auch fast zwangsläufig die Kosten der Unterkunft senken würden. Zwar habe die ARGE insbesondere im letzten Jahr auf allen Feldern unbestreitbar bessere Ergebnisse erzielt, die Kosten der Unterkunft jedoch seien weiter angestiegen. Somit reiche die berufliche Integration als alleiniges Instrument nicht dazu aus, um auf der Kostenseite der Kommune erfolgreich sein zu können.

Herr Lätsch betont, die berufliche Integration werde jedoch auch weiterhin angestrebt und sei das höchste Ziel.

Herr Lätsch führt weiter aus, der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften im letzten Jahr sei hauptsächlich durch den Abbau von kleinen Haushalten erreicht worden. Bei den größeren und damit zwangsläufig teureren Bedarfsgemeinschaften sei ein Anstieg zu verzeichnen.

Herr Lätsch erklärt weiter, in den Zielvereinbarungen und der operativen Umsetzung sei vereinbart worden, dass sich die ARGE mit allen Personengruppen und Bedarfsgemeinschaften zukünftig relativ gleichrangig im Bereich der Förderungen und Beratungen befassen solle. Es sei beabsichtigt, die Kosten zu stabilisieren, indem alle Personengruppen gleichmäßig in die Beratungsstrategie der ARGE eingebunden werden. Auf Grund der Erfahrungswerte und der Ergebnisse des KDU-Modells beim Amt für Soziales und Senioren verspreche man sich, dass viel mehr Menschen auf vielfältige Weise aktiviert werden können, sich selbst zu helfen.

Es sei sehr wichtig für die Verwaltung, dass hier eine sehr gute und partnerschaftliche Vereinbarung mit der Arbeitsagentur getroffen worden sei. Die Arbeitsagentur sei ebenfalls der Auffassung, dies sei der richtige Ansatz, nicht nur zur Beeinflussung der Kosten der Unterkunft, sondern zur Zielerreichung der ARGE insgesamt.

Herr Kluth fragt, wie dieses neue Konzept innerhalb der ARGE organisiert sei.

Herr Lätsch teilt mit, die Beratung solle sich niemals ausschließlich auf den Bereich der Kosten der Unterkunft fokussieren, aber dies müsse mit einbezogen werden. Weiterhin verweist er auf das Einladungsmanagement bei der ARGE.

Herr Santelmann fasst abschließend zusammen, bei großen Haushalten leiste die Stadt einen großen finanziellen Beitrag, da alle Einnahmen des Haushaltes zunächst bei den Leistungen der Bundesagentur angerechnet werden, bis diese Bundesleistungen abgedeckt seien. Danach erst habe die Stadt auch etwas von diesem Einkommen. Deshalb sei die Aktivierung auch von großen Haushalten stadtpolitisch bedeutsam.

Es sei erfreulich, dass das in der ARGE zum 1. April umgesetzte Konzept auch von der Agentur für Arbeit mitgetragen werde. Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung werde das Konzept weiter bekannt machen. Er gehe davon aus, dass es sich um ein Erfolgsmodell handelt.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2008 1896/2008

Frau Reinecke berichtet, der Punkt Nahverkehr sei bewusst in den Bericht aufgenommen worden. Diese Problematik sei im Ausschuss bereits thematisiert worden. Die Auseinandersetzung mit der DB habe zu einem Austausch und schließlich zu einem bestimmten Entgegenkommen geführt.

Frau Reinecke weist darauf hin, leider habe sie feststellen müssen, dass es nun an einer anderen Stelle und zwar bei dem Umbau des Bahnhofs Messe/Deutz und damit eines für die Stadt zentralen Bahnhofs erneut zu Problemen komme und man in Bezug auf die Barrierefreiheit wieder bei Null anfangen müsse. Sie fügt hinzu, in der nächsten Woche werde es ein Gespräch geben, an dem auch der Architekt, der die Umbauten für die DB vornehme, beteiligt sei.

Frau Wilden berichtet über die Planungen zum Umbau des Bahnhofs in Porz. Sie regt an, darauf zu achten, dass Erkenntnisse oder Planungen bei den derzeit laufenden Umbauprojekten der DB auch bei diesem Umbau in Porz umgesetzt werden.

Herr Ladenberger äußert sich sehr skeptisch darüber, ob die DB im Zuge der umfangreichen Umbaumaßnahmen des Bahnhofs Deutz die Barrierefreiheit verbessern werde. Die DB sei ein schwerer und stellenweise nicht williger Verhandlungspartner. Dies werde auch Auswirkungen auf die Mobilität von behinderten Menschen in Köln haben. Herr Ladenberger hält diese Problematik auch für den Ausschuss für Soziales und Senioren für relevant.

Herr Kluth stellt die Frage in welcher Art und Weise der Ausschuss hier tätig werden solle. Er schlägt vor, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine Resolution vorbereitet

und sie dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorlegt. Er bittet die Verwaltung die weitere Vorgehensweise zu überlegen.

Frau Eylert bittet darum, zu eventuellen Gesprächen eingeladen zu werden.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Sozialarbeit in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.01.2008
AN/0168/2008

zu 8.1.1 Antwort der Verwaltung
1885/2008

Die Antwort der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

8.1.2 Persönliches Budget
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2008
AN/0457/2008

8.1.2 Antwort der Verwaltung
1390/2008

Herr Ladenberger hat den Eindruck, bei dieser Frage gebe es relativ wenig Dynamik seitens der Stadt. Dies werde bereits bei der Stellungnahme der Verwaltung zu den Antragszahlen (Seite 1, letzter Absatz) deutlich. Dies zeige eher etwas Statisches als eine boomende Entwicklung.

Herr Ladenberger teilt seine Erkenntnisse mit, die er bei der Podiumsdiskussion am 5. Mai zum europäischen Protesttag der Menschen mit Behinderung gewonnen habe. Er macht an einem Beispiel in Bergisch Gladbach deutlich, dass dort im Rahmen eines Modellprojektes eine sehr spezialisierte Beratung zum Thema angeboten wurde und in dem Bereich eine Menge persönlicher Budgets realisiert worden seien. Es gebe für diese Beratung einige Kennzeichen, die auf die hier angeführten Beratungseinrichtungen nicht zutreffen. Diese Beratungen seien von Behinderten Menschen selber durchgeführt worden. Sie seien ganzheitlich, d.h. unabhängig vom Kostenträger und Anbieter und auch kostenträgerübergreifend gewesen. Dies erfordere eine hohe Sachkompetenz in der Beratung.

Herr Ladenberger betont, daraus werde klar, wenn man mit dem Instrument des persönlichen Budgets weiter nach vorne kommen wolle, seien auch seitens der Verwaltung noch weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, als die derzeit aufgezeigten.

Aus der Antwort sei deutlich zu entnehmen gewesen, dass es in Köln einige Leistungen gebe, die sehr budgetähnlich seien. Herr Ladenberger nennt hier das Arbeitgebermodell der persönlichen Assistenz. Herr Ladenberger betont, das persönliche Budget könne ein sehr gutes Instrument zur verbesserten Teilhabe und zu mehr Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung sein. Bei der derzeitigen Zurückhaltung der behinderten Menschen spielen vielfach Ängste und mangelnde Informationen eine Rolle. Seiner Ansicht nach habe eine unabhängige Beratung im Vorfeld eine ganz große Bedeutung. Herr Ladenberger möchte diesbezüglich das Problembewusstsein wecken. Eine weitergehende Diskussion solle in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik geführt werden.

Herr Rößler weist auf Grund seiner persönlichen Beratungstätigkeit beim Zentrum für selbstbestimmtes Leben darauf hin, dass die Frage von Ratsuchenden, was sich mit dem persönlichen Budget ändere, wenn man z.B. bereits Leistungen zur Hilfe zur Pflege erhalte, nicht beantwortet werden könne. Rahmenbedingungen zur Handhabung der pflegerischen Hilfen zum SGB XII in Köln seien beispielsweise nicht bekannt. Nähere Informationen hierzu seien wünschenswert, auch für einen Dialog und die gemeinsame Weiterentwicklung bei allen Beteiligten. Herr Rößler spricht sich ebenfalls für eine ganzheitliche Beratung aus.

Herr Santelmann erklärt, die Verwaltung sei sehr am Zustandekommen von Persönlichen Budgets interessiert. Aus dem interkommunalen Dialog sei ihm aber bekannt, dass auch andere Großstädte in diesem Thema noch nicht weiter gekommen seien. Weiterhin erwartet er, dass Beratungsstellen auch eine entsprechende Beratung vornehmen. Die Initiativen müssten seiner Auffassung nach stärker von dort kommen.

Herr Santelmann nimmt die Anregungen auf und schlägt vor, an dem Thema weiter zu arbeiten und den Ausschuss bei nächster Gelegenheit zu informieren. Er versichert, die Verwaltung wolle dieses Thema ebenfalls weiter voranbringen, die Angelegenheit sei allerdings nicht ganz einfach, auch nicht für den Betroffenen selbst.

Herr Ensmann teilt mit, oberstes Ziel sei die Teilhabe des behinderten Menschen an der Gesellschaft und dass er selbst entscheiden könne, welche Hilfen er zu welchem Zeitpunkt benötige. Offensichtlich gebe es jedoch schon Differenzen bei der Festlegung der Art und Weise der Beratungen. Außerdem müsse eine genaue Abgrenzung zur anwaltlichen Beratungstätigkeit erfolgen. Herr Ensmann bittet nach der erfolgten Abgrenzung um Informationen, wie dem entgegengewirkt werden könne, im Sinne der Hilfe für die Betroffenen, die gerne ein persönliches Budget haben möchten.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Helling schlägt zum weiteren Verfahren vor, diese Diskussion in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik intensiver weiterzuführen. Wenn es dann ggf. zu einer Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft komme, könne sich anschließend wiederum der Ausschuss für Soziales und Senioren mit dieser Thematik befassen.

Frau Eylert weist darauf hin, das Spektrum sollte nicht nur auf behinderte Menschen begrenzt werden, sondern müsse auch auf ältere Menschen oder Personen mit Kinderwagen erweitert werden.

- 8.1.3 Betreuungsgesetz**
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.03.2008
AN/0438/2008
- 8.1.3 Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion zum Betreuungsgesetz**
1396/2008

Herr Kluth teilt mit, die Anfrage sei bis auf Frage 4, bei der die Antwort des Präsidenten des Amtsgerichtes noch ausstehe, beantwortet worden.

Wenn die Antwort zu Frage 4 vorgelegt werden könne, will Herr Kluth auf die Beantwortung insgesamt zurückkommen.

- 8.1.4 Pfändungsschutz**
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2008
AN/0478/2008
- 8.1.4 Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2008**
betreffend Pfändungsschutz
1490/2008

Die Beantwortung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

8.2 Aktuelle Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

- 9.1 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum**
hier: Bühne der Kulturen e.V., IKULT Interkultureller Dialog e.V., Kindernöte e.V.
1592/2008

Herr Helling teilt mit, der Integrationsrat habe die Beschlussfassung über diese Vorlage auf die nächste Sitzung vertagt. Daher bittet er, die Entscheidung über diese Vorlage auch im Ausschuss für Soziales und Senioren zurückzustellen.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Vertagung der Vorlage einverstanden.

- 9.2 Anträge auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum**
1615/2008

Frau Wilden kritisiert, dass wiederum einige der Einrichtungen, die als interkulturelles Zentrum anerkannt werden sollen, radikale politische Ziele verfolgen oder mit Extremisten kooperieren.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum der in Anlage 1* aufgeführten Einrichtungen.

* *Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Nach der Abstimmung fragt Herr Helling, inwieweit mit der heutigen Beschlussfassung für die heute anerkannten Zentren die Verwaltung kurzfristig Abschlagszahlungen gewährleisten könne.

Frau Fohlmeister erklärt, auf Grundlage des Ratsbeschlusses aus Dezember und auf Grundlage der Anerkennung als Interkulturelles Zentrum könne die Verwaltung eine Abschlagszahlung vornehmen. Frau Fohlmeister ergänzt, dies werde unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorschläge mit einem Höchstbetrag von 4000,00 € und einem Rückzahlungsvorbehalt vorgenommen.

**9.3 Dringlichkeitsentscheidung und Genehmigung
Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (Zielsetzungen und Vergabeverfahren)
1716/2008**

Herr Kluth bittet um Mitteilung, wie die Verwaltung mit eingehenden Anträgen verfahren wolle. Die Anträge sollten relativ schnell genehmigt werden. Dies bedeute, dass in jeder kommenden Sitzung über die bis dahin eingegangenen Anträge ein Beschluss gefasst werden müsse.

Herr Kluth regt weiterhin an, nach der Sommerpause einen Termin festzulegen, bis wann die Anträge eingehen sollen.

Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung werde hierzu eine Pressemitteilung veröffentlichen, um bekannt zu geben, dass Anträge an die Verwaltung gestellt werden können. Die vorliegenden Anträge werde die Verwaltung zur nächsten Sitzung dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren genehmigt gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 GO NRW folgende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und des Ausschussvorsitzenden:

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NRW beschließen wir, die Zuschüsse zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nach den in der Anlage 1* aufgeführten Zielsetzungen und Kriterien zu vergeben.

* Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Soziale Stadt NRW - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Integriertes Handlungskonzept Mülheim-Programm hier: 4. Programmstufe 2008 ff 1078/2008

Frau Wilden betont, jeder Jugendliche habe die gleichen Chancen. Der Schulbesuch sei kostenlos bis zum Abitur. Sie fragt sich, was die jugendlichen Migranten daran hindere, ihre Chancen wahrzunehmen zumal zahlreiche Förderungsinitiativen bestehen, die sich gerade an diese Gruppe richten und warum sich trotzdem eine Migrantengemeinschaft herausbilde.

Frau Wilden kritisiert, dass die Beschlussvorlage die Einstellung einer Theaterpädagogin vorsehe, anstelle einer sozialpädagogischen Fachkraft.

Abschließend stellt Herr Kluth die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt zwei weitere Teilmaßnahmen aus der 4. Stufe des Mülheim-Programms – wie in der Anlage dargestellt – als Grundlage für die nachhaltige Strukturverbesserung in Mülheim und Buchforst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach kassenmäßig gesicherter Finanzierung die zwei Einzelmaßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

13.1 Analoge Anwendung der "Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration" hier: Anfrage von Herrn Helling

Herr Helling bittet die Verwaltung um Mitteilung, wann mit der Erledigung des Prüfbeschlusses zur analogen Anwendung der „Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration“ gerechnet werden könne.

Herr Prof. Quander sagt eine Weiterleitung der Frage an das Amt des Oberbürgermeisters zu.

genehmigt:

gez. Dr. Quander
(Beigeordneter)

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)